

[Berlin4Future. berlin@berlin4future.de](mailto:berlin@berlin4future.de)



Antje Kapek und Silke Gebel
Fraktionsvorsitzende
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im
Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin

Berlin, 03.04.2021

Sehr geehrte Frau Kapek, sehr geehrte Frau Gebel,

vielen Dank für Ihr Antwortschreiben auf unseren Brief an alle Mitglieder demokratischer Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus vom 12.02.2021. Wir begrüßen den Dialog sehr.

Wir hatten uns mit unserem Schreiben bewusst an diesen breiten Empfängerkreis im Abgeordnetenhaus gewandt, um alle Parteien auf ihre Verpflichtung dem Pariser Abkommen und den Menschen gegenüber anzusprechen. Die Klimaerhitzung einzudämmen und damit katastrophale Folgen für uns alle zu verhindern, kann und darf eigentlich keine Frage von parteipolitischen und ideologischen Standpunkten sein.

Das "1,5-Grad-Ziel" ist mit dem Pariser Abkommen definiert und in einen Vertrag gegossen. Seit 2015 gilt es eigentlich "nur" noch, die bestmöglichen Schritte zu diskutieren. Wir wissen selbstverständlich, dass die Fraktion der Bündnis 90 / Grünen die Klimakrise anerkennt und bereit ist, Maßnahmen zum Erreichen der Klimaneutralität umzusetzen. Wir stimmen Ihnen auch gern zu, dass es zahlreiche gute und wichtige Fortschritte unter der aktuellen Koalition gegeben hat, wie Sie auch noch einmal dargelegt haben.

Aber gleichzeitig ist klar, dass die bisher getroffenen und im Abgeordnetenhaus diskutierten Maßnahmen nicht annähernd ausreichen, damit Berlin "seinen" Beitrag zur Einhaltung der Klimaziele von Paris leisten kann. Insofern muss bei allen unseren zentralen Forderungen dringend Kurs gehalten bzw. nachgelegt werden!

In diesem Sinne sehen wir als maßgeblichen Gegenstand unserer Dialogs nicht die Richtung der anstehenden Veränderungen, sondern die Entschlossenheit, Konsequenz und Umsetzungsgeschwindigkeit der Maßnahmen. Und da wird es Sie nicht überraschen, dass wir auch von Ihrer Fraktion mehr Entschlossenheit, mehr inhaltliche Konsequenz und mehr Umsetzungsgeschwindigkeit erwarten und fordern.

Um die Dramatik der aktuellen Lage und die der erforderlichen klimapolitischen Maßnahmen in der nächsten Legislaturperiode zu verdeutlichen, beziehen wir uns auf die Studie „Umweltgutachten 2020: Für eine entschlossene Umweltpolitik in Deutschland und Europa“¹. Es gibt ein globales Restbudget von 580 Gt CO₂, um die Temperaturerhöhung mit einer 50%igen Wahrscheinlichkeit auf unter 1,5 Grad zu begrenzen. Bei einer angemessenen globalen Verteilung dieses Budgets ergibt sich für Deutschland ein Budget von 4,2 Gt CO₂ und damit ein Pro-Kopf-Wert von lediglich 50 t CO₂. Bei einem „weiter so“ wäre dieses Budget innerhalb der kommenden eineinhalb Legislaturperioden aufgebraucht. Im Ergebnis würden wir uns von der Welt, wie wir sie heute kennen, verabschieden müssen.

Berlin braucht deshalb dringend einen klimapolitischen Masterplan, der auf einem vollen Commitment zu den Zielen von Paris basiert und einen Reduktionspfad beschreibt, der die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels wenn schon nicht sicherstellt, so doch zumindest wahrscheinlich macht.

Dieser Reduktionspfad muss sowohl durch konkrete Maßnahmen fundiert als auch richtig terminiert sein. Aus unserer Sicht mangelt es aktuell noch an beidem:

1. Es gibt bisher noch keinen konkreten Maßnahmenplan, bei dessen Umsetzung die erwartbaren Effekte eine Reduktion der Berliner Treibhausgasemissionen gemäß Pariser Abkommen ergeben würden.
2. Es gibt keinen Paris-kompatiblen Zeitplan. Ohne Zweifel ist das Erreichen der Klimaneutralität 2040 oder 2050 besser als in 2060. Aber sowohl 2040 als erst recht 2050 reichen nach jetzigem Stand der Wissenschaft nicht aus, um das 1,5-Grad-Ziel sicherzustellen.

Klimaneutralität bis 2030! Das ist der einzige konsequente Maßstab!

Und solange dieser Maßstab nicht erfüllt ist, bleibt jeder Plan ein unzureichender und damit schlechter Plan. Ist Ihre Fraktion bereit, so einen umfassenden konkreten klimapolitischen Masterplan vorzulegen?

Ist Ihre Fraktion bereit, Berlin zur „Klimahauptstadt“ und damit zum Vorbild für Deutschland und Europa zu machen?

Wir kämpfen und werben für eine Stimmung und eine Mehrheit in Deutschland und in Berlin, die eine konsequente Umsetzung des Pariser Abkommens ermöglichen. Wir wollen weg von einem Flickenteppich von Maßnahmen. Wir wollen weg von einer parteipolitisch gefärbten Diskussion einzelner Maßnahmen. Wir wollen eine strikt zielorientierte Logik und Dynamik des Diskurses unter dem Primat des Pariser Abkommens: Wann immer eine Partei eine Maßnahme mit messbaren Treibhausgas-Reduktion nicht befürwortet, muss sie einen anderen Vorschlag in die Diskussion einbringen. Genau dafür braucht es das konsequente Denken in CO₂-Budgets und Zeitplänen.

Diskussionen und Kompromisse bei den Instrumenten sind willkommen. Für Kompromisse beim Reduktionsziel oder dem Zeitplan hat unsere Erde aber keine Zeit mehr.

Mit dieser Konsequenz betrachtet, sehen wir insgesamt noch sehr viel "Luft nach oben" bei den getroffenen und auch bei den im Wahlprogramm der Berliner Bündnis 90 / Grünen formulierten Maßnahmen zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziels, was an dieser Stelle nur angerissen werden kann:

Verkehrswende

Auch wenn in den letzten 5 Jahren positive Zeichen gesetzt worden sind, ist auch hier festzuhalten, dass die ergriffenen Maßnahmen nicht ansatzweise ausreichend sind: die Emissionen steigen anstatt zu sinken.

Wir müssen weg von der autofokussierten Verkehrsplanung. Autostraßen müssen rückgebaut werden, Busspuren muss es überall geben und die Fahrradinfrastruktur muss noch drastischer verbessert werden. Dazu müssen weiter massiv Fahrradwege gebaut und Fahrradausleihen an allen U- und S-Bahn errichtet werden, wie das auch im Forderungskatalog der Fridays for Future Berlin formuliert ist. Unserer Meinung nach müssen auch drastische Maßnahmen wie die von der Initiative „Volksentscheid Berlin autofrei“ geforderte autofreie Innenstadt umgesetzt werden.

Wärmewende

Berlin besitzt ein enormes, aber bislang praktisch ungenutztes Potential zur erneuerbaren Wärmeversorgung. Durch den Mix unterschiedlicher Technologien, wie z.B. Geothermie, flächendeckender Einsatz von (Groß-)Wärmepumpen, thermische Abwassernutzung, Solarthermie gekoppelt mit Kurz- und saisonalen Wärmespeichern, kann Berlin – bei gleichzeitiger Verringerung des Wärmebedarfs durch energetische Sanierungen – einen bedeutenden Teil der benötigten Wärme emissionsfrei selber erzeugen.

Für all diese Aspekte sind gesetzliche Rahmenbedingungen und bei Bedarf Fördermöglichkeiten zu schaffen.

Gleichzeitig sollte der Einbau fossiler Heizungssysteme dringend verhindert werden. Wie der geplante Ersatz der Kohlekraftwerke durch Gaskraftwerke würde uns das weitere Jahre an fossile klimaschädliche Strukturen binden und diese Strukturen immer weiter als systemrelevant erscheinen lassen.

Die mit der Umrüstung der Kohlekraftwerke oft verbundene Perspektive einer späteren Versorgung mit grünem Wasserstoff stellen wir aufgrund der hohen prognostizierten anderweitigen Nachfrage (z.B. der chem. Industrie, Stahlindustrie, Flugverkehr, Containerschifffahrt, Schwerlasttransport) ernsthaft in Frage. Statt Wasserstoff-Hoffnungen brauchen wir einen Fokus auf die Erschließung erneuerbarer Wärmequellen und die Senkung des Wärmebedarfs.

Erneuerbare Energien

Wie auch im Wahlprogramm ausgeführt, liegt der Anteil der solaren Stromversorgung nach 5 Jahren immer noch bei unter einem Prozent. Die Energiewende kann und muss beschleunigt werden. Der PV-Anteil von 25% am Stromverbrauch sollte bis 2030 erreicht sein. Dafür müssen alle Möglichkeiten der Politik genutzt werden. Die Solare Baupflicht bei

Neubauten oder auf Gebäuden der öffentlichen Hand ist hier ein Schritt in die richtige Richtung.

Die beschriebenen Maßnahmen betreffen allerdings nur einen Bruchteil der geeigneten Dachflächen Berlins und werden kaum etwas an der Gesamtsituation ändern. Wir regen deshalb an, die Solarpflicht auch bei öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften in Form eines definierten Zubaupfades und bei anstehenden Sanierungsmaßnahmen festzulegen.

Durch entsprechende Anreize sollten möglichst alle privaten und gewerblichen Gebäudeeigentümer mit geeigneten Dachflächen innerhalb von 10 Jahren eine Solaranlage installieren.

Zudem müssen alle Maßnahmen unterstützt werden, auch durch finanzielle Anreize, die den Stromverbrauch entsprechend der Verfügbarkeit der erneuerbaren Energien intelligent steuern. Die Verwaltungsprozesse bei der Nutzung erneuerbarer Energien müssen vereinfacht werden, damit dezentrale Energielösungen nicht gegenüber den großen Stromanbietern benachteiligt sind.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen droht ein Fachkräftemangel für den Ausbau von PV, Wärmepumpen usw. Wir fordern deshalb eine Ausbildungsoffensive im Handwerk und entsprechende Studiengänge.

Abschließend möchten wir noch darauf hinweisen, dass wir auch in Berlin mittlerweile Umsetzungsprobleme bei beschlossenen Maßnahmen sehen. Noch immer haben nicht alle Berliner Bezirke Klima-ManagerInnen eingestellt. Doch selbst wenn diese Stellen besetzt sind, halten wir die Personalausstattung insgesamt für deutlich zu gering, um die zahlreichen anstehenden Aufgaben zu lösen.

Der Global Climate Action Day am 19.03.2021 hat wieder gezeigt, wie wichtig vielen Menschen das Vermeiden der Klimakrise auch angesichts der Corona-Pandemie ist. Und viele sind überzeugt: "Another World is possible!".

Wir werden uns weiterhin für das o.g. Ziel engagieren: Klimaneutralität bis 2030! Und wir würden uns freuen, mit den Bündnis 90 / Grünen einen "Partner" im Abgeordnetenhaus zu haben, der für ein Erreichen dieses Ziels ebenso konsequent eintritt.

Mit klimafreundlichen Grüßen,

Berlin4Future



Gerd Hübner



Ingrid Kunkel



Tanja Schwarz